



GdP erzielt zum dritten Mal in Folge Topergebnis bei den Personalratswahlen

Bei den Personalratswahlen vom 6. bis 9. Juni hat die GdP nach ihrem sehr guten Abschneiden bei den Personalratswahlen 2008 und 2012 bereits zum dritten Mal in Folge ein Topergebnis erzielt. Von den 561 Mandaten, die in den 51 örtlichen Personalräten der Polizei zu vergeben sind, erhielten die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP trotz mehrerer konkurrierender Listen 409 Sitze. In 44 der 47 Kreispolizeibehörden, in den drei Landesoberbehörden LKA, LZPD und LAFP sowie in der Hochschule der Deutschen Polizei stellt die GdP in den kommenden vier Jahren die Mehrheit aller Personalratsmitglieder. Das sind zwei Behörden mehr als bislang. Im Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR) im Innenministerium von NRW stellt die GdP in Zukunft 11 der 15 Mandatsträger. Auch im Innenministerium, wo neben dem PHPR auch ein abteilungsübergreifender Gesamtpersonalrat gewählt wurde, kam die GdP zusammen mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di auf 8 von 11 Mandaten.

Sachargumente in den Vordergrund gestellt

Dass es der GdP gelungen ist, das bereits sehr gute Wahlergebnis der beiden vorausgegangenen Wahlen nicht nur zu halten, sondern in einzelnen Behörden sogar noch weiter auszubauen, ist nicht selbstverständlich. Während des Personalratswahlkampfes hatte es immer wieder diffamierende, persönlich verletzend angelegte Angriffe der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) und des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) auf die GdP gegeben. Beide hatten vor Ort zum Teil auch auf einer gemeinsamen Liste kandidiert. Getrieben war die Kampagne der beiden deutlich kleineren Mitbewerber offenbar von der Erkenntnis, dass ihnen die eigenen Themen, mit denen sie bei den Beschäftigten hätten punkten können, ausgegangen sind. Dieses Konzept ist nicht aufgegangen, weil es die Polizistinnen und Polizisten ablehnen, dass sich jemand dadurch zu profilieren versucht, dass er die eigenen Kolleginnen und Kollegen diffamiert.

Die GdP selbst hatte auf die Schmutzkampagne der anderen nicht reagiert und stattdessen die

Probleme und Herausforderungen in den Vordergrund gestellt, die bei der Polizei in den kommenden vier

Jahren gelöst werden müssen. Und auf die Erfolge, die die GdP in den vergangenen Jahren für die Kolleginnen und Kollegen erreicht hat. GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert hatte während des Wahlkampfes immer daran erinnert, dass Polizisten im Streifenwagen und in den Kriminalkommissariaten, in den Hundertschaften und in den Büros eng zusammenarbeiten. „Dabei muss sich jeder auf den anderen verlassen. Jederzeit. Deshalb ist für persönlich diffamierende Angriffe auf andere bei der Polizei kein Platz“, sagte er. Das haben offenbar auch die Beschäftigten bei der Polizei so gesehen.

→ Seite 2



Wahlbeteiligung gestiegen

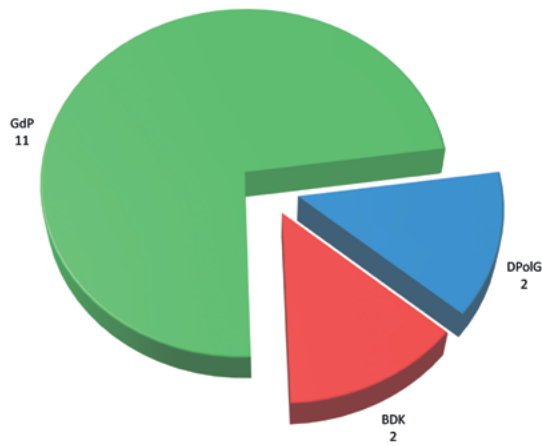
Positiv ist aus Sicht der GdP auch, dass die Wahlbeteiligung nach dem Rückgang bei der vergangenen Personalratswahl in diesem Jahr wieder gestiegen ist. Bei den Beamtinnen und Beamten stieg sie von 61,0 auf 64,1 Prozent, bei der Gruppe der Arbeitnehmer von 73,0 auf 74,5 Prozent.

Das ist ein hoher Wert, zumal viele Beschäftigte an den vier Wahltagen gar nicht in ihrer Dienststelle waren. Das gilt nicht nur für die Mitglieder der Hundertschaften, die wegen der vielen Wochenendeinsätze während der Wahl zum Teil dienstfrei hatten, oder für die Kommissaranwärterinnen und -anwärter, die während der Wahl zu Hause an ihrer Thesis gearbeitet haben, sondern auch für viele andere Arbeitsbereiche bei der Polizei. Um trotzdem von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, ha-

ben viele Beschäftigte die Briefwahl genutzt.

„Die hohe Wahlbeteiligung zeigt, dass es den Beschäftigten nicht egal ist, wer in den kommenden vier Jahren ihre Interessen gegenüber ihrem Dienstherrn aber auch gegenüber der Politik vertritt, sondern dass sie starke Personalräte wollen“, betonte nach der Wahl der Spitzenkandidat der GdP für den

GdP holt absolute Mehrheit
Sitzverteilung im PHPR



Quelle: Hauptwahlvorstand im Innenministerium NRW, Quelle: Ergebnis der Personalratswahlen 2016



Danke für das große Vertrauen!
Für uns ist das Wahlergebnis eine Verpflichtung!



Bereits zum dritten Mal in Folge hat die GdP bei den Personalratswahlen bei der Polizei einen Riesenerfolg erzielt. Trotz aller Angriffe von außen, trotz der vielen unfairen Unterstellungen der anderen. Aber davon haben wir uns nicht irritieren lassen, denn für uns stehen die Interessen der Beschäftigten bei der Polizei im Vordergrund und die berechtigte Forderung der Bürgerinnen und Bürger nach einem Leben in Sicherheit. Und nichts anderes. Das erwarten im Übrigen auch die Beschäftigten der Polizei von uns. Deshalb haben sie die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP erneut mit der Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber der Behördenleitung vor Ort, aber auch gegenüber dem Innenministerium und gegenüber der Politik beauftragt.

Das hervorragende Abschneiden bei den Personalratswahlen ist das Ergebnis der konsequenten, nachhaltigen Arbeit der GdP in den vergangenen vier Jahren. Nicht nur von den Mitgliedern im Polizei-Hauptpersonalrat, sondern auch von den vielen hundert GdP-Mitgliedern in den örtlichen Personalräten.

Zugleich ist das hervorragende Abschneiden bei den Personalratswahlen ein großer Vertrauensvorschuss in die künftige Arbeit der GdP. Für uns ist dieses Ergebnis Ansporn und Verpflichtung zugleich. Denn die Konflikte und Herausforderungen, die in den kommenden vier Jahren auf die Polizei und auf ihre Beschäftigten zukommen werden, sind nicht einfach zu lösen. Auch in den kommenden Jahren müssen wir in vielen Dienststellen noch einmal mit weniger Personal auskommen, als jetzt schon. Das gilt selbst dann, wenn die Zahl der Neueinstellungen noch einmal erhöht wird. Dafür brauchen wir faire Konzepte, die die Interessen aller Behörden und aller Arbeitsbereiche mit in den Blick nehmen. Und es gibt noch weitere Herausforderungen: Wir müssen endlich den unsäglichen Deckelungsbeschluss aufbrechen, damit auch bei der Polizei die Übernahme einer höherwertigen Aufgabe leistungsgerecht bezahlt wird. Wir müssen im Tarifbereich dafür sorgen, dass nicht nur die jetzt durchgesetzten zusätzlichen Stellen entfristet werden, sondern dass es auch hier faire Aufstiegschancen gibt. Wir müssen dafür sorgen, dass auch die Verwaltungsbeamten bei der Polizei besser bezahlt werden. Und wir müssen endlich gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen bei der Polizei durchsetzen.

Um diese Ziele zu erreichen, gilt es hohe Hürden zu überwinden. Aber dafür haben uns unsere Wählerinnen und Wähler gewählt. Diesen Auftrag nehmen wir gerne an!

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender





Bei den Personalratswahlen 2016 ist die GdP mit einem starken Team angetreten, in dem alle Arbeitsbereiche der Polizei vertreten sind. Das gilt auch für die Wahlen für den Polizei-Hauptpersonalrat. In der Bildmitte: die beiden Spitzenkandidaten für die Tarifbeschäftigten und für die Beamten, Jutta Jakobs und Rainer Peltz.

PHPR, Rainer Peltz. „Es ist ein Signal, dass auch bei der Politik sofort angekommen ist“, freute er sich. „Die Politiker wissen jetzt, dass für sie kein Weg an der GdP vorbeiführt, wenn sie Veränderungen bei der Polizei auf den Weg bringen wollen. Und dass sie dabei die Interessen der Beschäftigten bei der Polizei nicht außer Acht lassen können.“

Deutliche Zuwächse in einzelnen Behörden

Interessant ist auch ein Blick auf die Wahlergebnisse im Detail. Bei den Wahlen für den PHPR konnte die GdP bei den Arbeitnehmern 3275 Stimmen für sich verbuchen, das sind 78 Prozent aller gültigen Stimmen. Bei den Beamten erzielte sie sogar 18 991 Stimmen, das entspricht einem Anteil von 67 Prozent. Verglichen mit 2012 lag der Zuwachs hier bei 1363 Stimmen.

Von den vier Polizeibehörden, in denen die GdP bei der vergangenen Wahl keine Mehrheit gewinnen konnte, ist das in diesem Jahr in Hamm gelungen. In Höxter fehlten am Ende nur fünf Stimmen, um auch dort die Mehrheit im Personalrat zu

gewinnen. Nur in Wesel und Mettmann liegen die Anderen sonst noch vorne. Deutliche Stimmenzuwächse gab es trotz der dort aufgetretenen freien Liste nicht nur in der größten Polizeibehörde in NRW, in Köln, sondern zum Beispiel auch in mehreren Landratsbehörden, wie zum Beispiel in Herford und in Coesfeld. Im Landeskriminalamt holte die GdP in diesem Jahr zudem nicht nur die Mehrheit bei allen Beschäftigten, sondern auch bei der Gruppe der Beamten. Ein massiver Dämpfer für den BDK. Absoluter Spitzenreiter war in diesem Jahr erneut der Ennepe-Ruhr-Kreis. Hier holte die GdP bereits zum vierten Mal in Folge alle Sitze im örtlichen Personalrat. In Münster, Dortmund, Wuppertal und Bielefeld erzielte die GdP in diesem Jahr dagegen ein etwas schlechteres Ergebnis, kam aber auch dort auf eine eigene Mehrheit.

Um die Vorherrschaft der GdP in der Wählergunst zu brechen, waren BDK und DPoIG trotz aller ideologischen Gegensätze in diesem Jahr bei den Beamten in zwölf Behörden erstmals mit einem gemeinsamen Wahlvorschlag angetreten. Genutzt hat es ihnen nichts. Denn abgesehen von

Höxter konnten beide Gewerkschaften auch durch einen gemeinsamen Auftritt keine Mehrheiten erringen. In sieben der zwölf Behörden mit einem gemeinsamen Listenvorschlag erlitten sie sogar deutliche Verluste. In Köln lag das Minus von DPoIG/BDK sogar bei 13,0 Prozent, im LAFP bei 7,4 Prozent und in Düren bei 7,2 Prozent.

Interessant ist auch ein Blick auf die Wahlbeteiligung in den zehn Ausbildungsbehörden in NRW. 2012 lag dort die Wahlbeteiligung bei den Beamten mit Werten zwischen 36,2 und 59,6 Prozent noch deutlich unter dem landesweiten Durchschnitt von 61,0 Prozent. 2016 lag sie in Hagen mit 73,5 Prozent und Bonn mit 64,2 Prozent bereits über dem auf 64,1 Prozent gestiegenen Landesdurchschnitt. Auch in den anderen Ausbildungsbehörden gab es nahezu durchgängig eine höhere Wahlbeteiligung als noch vor vier Jahren. Eine Entwicklung die zeigt, dass auch die Kommissaranwärterinnen und -anwärter zunehmend die Bedeutung der Personalräte erkennen, und dass sie der GdP vertrauen. Denn für die GdP sind die Nachwuchspolizisten Kolleginnen und Kollegen von Anfang an.





Nazi-Demo in Dortmund: Kluges Einsatzkonzept verhindert Eskalation

Schon seit Jahren versuchen Dortmunds Neonazis im Umfeld des Antikriegstags Anfang September mit fremdenfeindlichen Demonstrationen auch bundesweit für Schlagzeilen zu sorgen. In diesem Jahr fand die Demonstration der Neonazis bereits am 4. Juni statt. 900 Rechtsextremisten aus ganz Deutschland waren einem Aufruf der Splitterpartei Die Rechte zu einem „Tag der deutschen Zukunft“ nach Dortmund gefolgt, darunter viele NPD- und Pegida-Anhänger.

Für die Polizei war die Dortmunder Nazi-Demonstration eine besondere Herausforderung, weil an diesem Tag nicht nur das von Gewerkschaften, Kirchen und Parteien getragene Bündnis „Bunt statt braun“ zu Gegendemonstrationen aufgerufen hat, sondern auch 3000 aus ganz NRW angereiste, zum Teil äußerst gewaltbereite Linksautonome in der Stadt gekommen waren. Immer wieder gab es aus ihren Reihen den Versuch, mit Gewalt zum Demonstrationsort der Rechtsextremisten durchzubrechen.

Dass es trotzdem nicht zu massiven Auseinandersetzungen zwischen beiden politischen Lagern gekommen ist, ist vor allem dem klugen Einsatzkonzept der Dortmunder Polizei zu verdanken. Sie hatte dafür gesorgt, dass die aus ganz Deutschland angereisten Neonazis in den fernab vom Zentrum gelegenen Stadtteil Dortmund-Dorstfeld ausweichen mussten, statt durch die von Migranten bewohnte Dortmunder Nordstadt zu ziehen. Von dort führt ihr Weg überwiegend durch menschenleere Industriegebiete in den Vorort Huckrade. Zudem hatte die Polizei den Demonstrationsweg der Rechtsextremisten bis zum

Beginn des Demonstrationstags geheim gehalten, um gewaltsame Übergriffe auf die Rechtsextremisten zu erschweren. Ein Großaufgebot von 5000 Polizisten hat zudem dafür gesorgt, dass Sitzblockaden und gewaltsame Übergriffe sofort unterbunden werden konnten.

Acht Polizisten wurden dabei von Linksautonomen leicht verletzt. Für die GdP ist das nicht hinnehmbar. Bereits im Vorfeld der Dortmunder Demonstration hatte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert über die Medien darauf hingewiesen, dass auch die Polizisten die demokratieverachtenden, fremdenfeindlichen Ziele der Rechtsextremisten entschieden ablehnen. „Aber niemand hat ein Recht, Polizisten nur deshalb anzugreifen, weil sie auch eine Demonstration von Rechtsextremisten schützen müssen, so lange der Politik der Mut fehlt, rechtsextreme Parteien zu verbieten“, warnte Plickert. Bei einem Teil der Linksautonomen verhalte diese Warnung ungehört. Sie gingen nicht nur mit Flaschen und Steinen gewaltsam gegen die Polizisten vor, sondern attackierten die Beamten auch mit den überdimensionalen Silberwürfeln, die die Demonstranten den Neonazis eigentlich als Spiegel vorhalten wollten. Dortmunds Schauspielregisseur Kay Voges, der die Würfel entwickelt hatte, sagte nachher, er habe beim Einsatz der Würfel nicht nur viele „Bilder von politischer Schönheit gesehen, sondern auch viel Dummheit“.



Kühles Eis für einen heißen Tag: Für die fast 5000 Polizistinnen und Polizisten, die aus dem gesamten Bundesgebiet nach Dortmund gekommen waren, um ein gewaltsames Aufeinandertreffen von Neonazis und Linksautonomen zu verhindern, war der 4. Juni nicht nur ein extrem langer Arbeitstag, sondern auch ein besonders anstrengender, denn Dortmund erlebte an diesem Tag den bislang heißesten Sommertag des Jahres. Gut, dass die GdP seit dem frühen Morgen zwei Eiswagen an den beiden Versorgungspunkten des Großeinsatzes bereitgestellt hatte, um alle mit kühlem Eis zu versorgen. Wer nicht zum Versorgungspunkt kommen konnte, wurde von einem mobilen Einsatzteam der Jungen Gruppe vor Ort versorgt – so lange das Einsatzgeschehen das noch möglich machte. Parallel zu den Versorgungsteams waren auch der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow, GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert und die Personalräte der GdP den ganzen Tag über in Dortmund unterwegs, um die Kolleginnen und Kollegen bei auftretenden Problemen vor Ort zu unterstützen.



Dienstrechtsmodernisierungsgesetz ab Juli in Kraft

Am 9. Juni hat der Landtag nach fast sieben Monaten Beratung das Dienstrechtsmodernisierungsgesetz verabschiedet. Gerade noch rechtzeitig, damit das Gesetz wie geplant am 1. Juli 2016 in Kraft treten kann. Damit wird das spätestens seit 2013 reichlich unübersichtliche Beamtenrecht in NRW in drei Kerngesetzen geregelt: Das Landesbeamtengesetz (LBG) regelt alles von der Einstellung über die Laufbahn und die Arbeitsbedingungen bis hin zur Entlassung bzw. Zuruhesetzung. Das Landesbesoldungsgesetz (LBesG NRW) regelt die Besoldung der aktiven Beamten. Das Landesbeamtenversorgungsgesetz (LBeamtVG NRW) regelt die Versorgung nach dem Ausscheiden aus dem Dienst. Ergänzt werden diese drei Gesetze nur noch durch das Beamtenstatusgesetz (BeamStG), das als einziges Gesetz in diesem Bereich bundesweit gilt. Über die wichtigsten geplanten inhaltlichen Änderungen hatte die DP bereits im April berichtet. Bei folgenden wesentlichen Änderungen bleibt es jetzt:

- Ab 2017 wird die Sonderzahlung in die monatlichen Bezüge eingerechnet. Praktisch ändert sich an den jährlichen Bezügen dadurch nichts. Statt einer Sonderzahlung im November gibt es dann jeden Monat etwas mehr. Eine Erhöhung der Sonderzahlung auf das alte Niveau hat die Politik abgelehnt.
- Mit Inkrafttreten des neuen Beamtenrechts wird die Polizeizulage wieder ruhegehaltstfähig und zwar für alle Berechtigten, die bereits in Pension sind oder in Zukunft erst gehen. Damit wird eine wichtige Forderung der GdP erfüllt.
- Langzeitarbeitszeitkonten werden zwar durch das Dienstrechtsmodernisierungsgesetz nicht unmittelbar eingeführt, es wird aber immerhin eine Rechtsgrundlage dafür geschaffen. Auch das war eine zentrale Forderung der GdP.
- Bei Beförderungen wird es in Zukunft eine Frauenquote geben, die grundsätzlich bereits bei gleicher Gesamtnote zugunsten von Bewerberinnen greifen soll. Das Gesetz lässt aber ausdrücklich abweichende Regelungen für einzelne Geschäftsbereiche zu.

- Beamtinnen und Beamte können sich zukünftig für bis zu 15 statt bislang zwölf Jahre für die Kinderbetreuung ganz oder teilweise beurlauben lassen. Gleichzeitig haben sie während dieser Zeit grundsätzlich einen Anspruch auf vorzeitige Rückkehr auf Teilzeit oder Vollzeit.
- Der Stellenwert des Arbeitsschutzes im Landesbeamtengesetz wird erhöht: In Zukunft gelten die Arbeitsschutzverordnungen auch für Beamtinnen und Beamte unmittelbar.

Nicht durchgesetzt hat sich die Landesregierung mit ihrem Ansinnen, dem Dienstherrn bei der Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Beamten eine Verjährungsfrist von bis zu zehn Jahren einzuräumen, den Beamten umgekehrt aber eine Geltendmachung ihrer Ansprüche bereits nach drei Jahren zu verwehren. Künftig gilt beispielsweise bei Überzahlungen bei der Besoldung oder Versorgung das ganz normale Bereicherungsrecht, d. h., dass auch Ansprüche des Dienstherrn grundsätzlich nach drei Jahren verjähren. Hier hat der Landtag nachgebessert.

Nach der Verabschiedung des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes bleiben für die Beamtinnen und Beamten des Landes auf der Habenseite vor allem die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage, die Öffnung der Tür in Richtung Langzeitkonten, die Aufwertung des Arbeitsschutzes und verbesserte Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Integration der Sonderzahlung in die Bezüge sichert zwar den Fortbestand dieses Teils der Besoldung, bedeutet aber am Ende des Jahres keinen Cent mehr in der Tasche der Beamtinnen und Beamten.

Verpasst hat die Landesregierung die Chance, die Regelungen zur Vorverlegung des Eintritts in den Ruhestand für Schichtdienstleistende (künftig § 114 Abs. 2 LBG) zu modernisieren und eine Regelung zur Übernahme von Schmerzensgeldansprüchen für im Dienst verletzte Beamtinnen und Beamte zu schaffen. Hier hätte es im parlamentarischen Verfahren durchaus die Möglichkeit gegeben, noch nachzubessern.

Im Ergebnis ist das Dienstrechtsmodernisierungsgesetz kaum noch die „große Reform“, die sich die Landesregierung im Koalitionsvertrag vorgenommen hatte. Im Kern wird das Beamtenrecht in NRW konsolidiert und vorsichtig weiterentwickelt. Das kommt eben dabei heraus, wenn eine Dienstrechtsreform kostenneutral sein soll. Themen wie die Einführung eines Ruhestandskorridors, eine Neufassung der Regelungen zur Dienstunfähigkeit und die Modernisierung des Dienstunfallrechts bleiben damit für die GdP auf der Agenda. Eine schwere Hypothek bleibt allerdings die jetzt in § 19 Abs. 6 LBG neu geregelte Frauenförderung, gegen die nach wie vor erhebliche rechtliche Bedenken bestehen. Das gilt insbesondere dann, wenn sie unmittelbar in der Polizei zur Anwendung kommen sollte. Die GdP bemüht sich aktuell darum, dass Innenminister Jäger die Regelung für die Polizei durch eine Rechtsverordnung deutlich entschärft.

Die GdP ist für Ihre Mitglieder als starker Partner stets präsent. Als größte Arbeitnehmervertretung für die Polizeibeschäftigten bietet sie einen professionellen Rundumschutz. Die Leistungen der GdP umfassen von



Berufsrechtsschutz über die politische Interessensvertretung und Beratung auch eine flächendeckende Mitgliederbetreuung. Ob von den Kreisgruppen vor Ort oder der GdP-Geschäftsstelle in Düsseldorf, hat immer jemand ein offenes Ohr für die Probleme und Fragen der Mitglieder. Darüber hinaus können GdP-Mitglieder mit dem GdP-Vorteilsprogramm bares Geld sparen, denn unsere Mitglieder profitieren von zahlreichen Vergünstigungen. Von Fitnessangeboten, Reisen, vergünstigte Mitgliedschaft im Autoclub bis zum Ausrüstungsbedarf – für jeden ist etwas dabei. Ein umfangreiches Seminarangebot und tolle Freizeit- und Eventangebote runden das Ganze ab. Detaillierte Informationen sind in der neuen Broschüre „Das Vorteilsprogramm für GdP-Mitglieder“ erhältlich. Download unter: gdp-nrw.de.



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 4.7. Helmut Bosse, Oerlinghausen
- 13.7. Karl Faber, Marl
Mathilde Westkemper, Lippetal
- 17.7. Margarete Mellwig, Duisburg
- 22.7. Maria Monse, Herten
- 26.7. Hildegard Skiba, Bottrop
- 27.7. Heinz Peltzer, Mönchengladbach
- 28.7. Elisabeth Gloth, Bad Lippspringe
- 30.7. Horst Loewke, Langenfeld

91. Geburtstag

- 2.7. Heinz Völl, Hürtgenwald
- 5.7. Georg Achtelik, Witten
- 7.7. Brunhilde Gerbig, Bochum
- 12.7. Theodor Grünlings, Schwalmatal
- 12.7. Karl Heinz Schiffbauer, Solingen
- 13.7. Walter Simon, Bochum
- 15.7. Maria Hinzen, Hückelhoven

- 16.7. Walter Schorn, Wassenberg
- 16.7. Herbert Urig, Duisburg
- 26.7. Willi Skusa, Hagen
- 27.7. Herbert Grebenstein, Essen

92. Geburtstag

- 1.7. Ludwig Reinartz, Stolberg
- 8.7. Gertrud Jaspers, Krefeld
- 14.7. Emmi Wilke, Wermelskirchen
- 19.7. Elfriede Weßel, Rheinberg
- 20.7. Anneliese Link,
Mönchengladbach
- 21.7. Hanna Maelzer, Herford
- 25.7. Hildegard Ellinghaus, Alfter

93. Geburtstag

- 5.7. Heinz Kühn, Nettetal
- 8.7. Elisabeth Ahrendt, Duisburg
- 13.7. Irene Kain, Moers
- 19.7. Karl Noch, Moers
- 22.7. Elfriede Lehnen, Essen
- 30.7. Gertrud Brandt, Wuppertal

94. Geburtstag

- 6.7. Wanda Sowada, Duisburg
- 7.7. Hildegard Schaefer, Wuppertal

- 8.7. Walter Ströse, Dülmen
- 11.7. Margarethe Schmitz,
Heidelberg
- 12.7. Anna Kirsche, Düsseldorf
- 12.7. Josef Lewandowski, Dortmund
- 14.7. Walter Dunker, Dortmund
- 15.7. Elisabeth Kuchejda, Essen
- 21.7. Maditha Schwanke,
Bergkamen

95. Geburtstag

- 2.7. Lieselotte Porsch, Oberhausen
- 18.7. Christine Kersjes, Oberhausen
- 21.7. Margarete Bökemeier, Bochum
- 31.7. Magdalene Maronde, Köln

96. Geburtstag

- 11.7. Ilsa Wüstenbecker, Lemgo
- 19.7. Kurt Lutz, Wuppertal
- 19.7. Karola Oeffner, Euskirchen
- 20.7. Hildegard Krabbe, Bad Salzuflen

100. Geburtstag

- 19.7. Meta Berger, Gelsenkirchen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (v.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss der August-Ausgabe
ist der 6. Juli.**

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: pinguin@gdp-reiseservice.de

Neues Gesicht in der Geschäftsstelle



Seit dem 1. Juni ist Melanie Stolle, 38, als neue Abteilungsleiterin für die Bereiche Tarifrecht/Tarifangelegenheiten, Beamtenrecht, Laufbahnrecht, Verwaltungsbeamte sowie Seniorenpolitik in der Geschäftsstelle des Landesbezirks tätig. Die in Essen geborene Juristin übernimmt die Aufgaben von Camilla Ruppert, 33, die nach

der Geburt ihrer Tochter in den Erziehungsurlaub gegangen ist.

Melanie Stolle hat in Bochum und Münster Jura studiert und war vor ihrem Wechsel zur GdP drei Jahre lang als Juristin in einer Anwaltskanzlei tätig. Erste Erfahrung mit dem öffentlichen Dienstrecht hat sie bereits während ihres Studiums gemacht, wo sie als freie Mitarbeiterin für einen juristischen Verlag Leitsätze zur aktuellen Rechtsprechung formuliert hat. Während des Referendariats hat Melanie Stolle zudem eine Zwischenstation im Schulministerium von NRW absolviert.





Restplätze frei!

16. Bundesseniorenenreise nach Kreta

24.September bis 8.Oktober 2016

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug ab/bis Deutschland nach Heraklion/Kreta
- Zug zum Flug Ticket in der 2. Klasse
- Transfer Flughafen - Hotel - Flughafen
- 14 Übernachtungen im Hotel Apollonia Beach Resort & Spa ****
- Frühstück, Mittag- und Abendessen in Buffetform
- Früchte, Salatbuffet und Eis (10 - 18 Uhr)
- Kaffee, Kuchen und Gebäck (16 - 17 Uhr)
- Nationale und internationale alkoholfreie und alkoholische Getränke (10 - 24 Uhr)
- Deutschsprachige Reiseleitung
- Reisebegleitung durch die GdP und den GdP-Reiseservice
- Reisepreissicherungsschein

**Reisepreis pro Person im Doppelzimmer
ab € 1.198,-**

Bitte fordern Sie unsere ausführlichen Ausschreibungen an.

GdP-Service GmbH
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf
0211/29101 -44/-45/-63/-64
www.gdp-reiseservice.de



Wir sind die GdP

Weil in der jüngsten Vergangenheit endlich wieder mehr Polizisten eingestellt worden sind, gibt es nach Jahren der Stagnation in vielen Behörden endlich auch wieder jüngere Kolleginnen und Kollegen und langsam auch mehr Frauen in Führungspositionen der



Polizei. Ein Wandel, der längst auch die GdP erreicht hat. Auch in der GdP gibt es zunehmend jüngere Kolleginnen und Kollegen, die sich in den Kreisgruppen vor Ort engagieren, und mehr Frauen in Wahlfunktionen. Mit Meike to Baben, Susanne Klose, Gabi Schmidt und Tanja Wallenfels stehen inzwischen vier von ihnen an der Spitze einer Kreisgruppe.

Meike to Baben, 36, ist seit Oktober vergangenen Jahres Vorsitzende in Neuss. Sie sagt: „Die Mischung macht’s“. Dass der Vorstand in Neuss jünger und weiblicher geworden ist, hat mit dazu beigetragen, dass die Kreisgruppe bei den Personalratswahlen zehn von elf Sitzen geholt hat. „Wir haben gezeigt, dass Gewerkschaftsarbeit auch anders funktioniert, als über das Bild ‚Männer und alt‘. Aber wichtig

ist, dass bei uns auch ältere Kollegen mit ihrem gewachsenen Erfahrungswissen mitarbeiten, und Männer.“

Auch im Ennepe-Ruhr-Kreis setzt der Vorstand auf Teamarbeit. Tanja Wallenfels, 34, hat im vergangenen Jahr vom heutigen PHPR-Vorsitzenden Rainer Peltz den Vorsitz

übernommen, ist aber nicht in die Freistellung gegangen, sondern arbeitet weiter im Wechselschichtdienst. „Das ist schon eine enorme Arbeitsbelastung“, sagt sie, „aber es funktioniert, weil ich einen Stellvertreter habe, der mir vieles abgenommen hat, und ein Team, auf das ich mich verlassen kann.“ Bei den Personalratswahlen hat die Kreisgruppe erneut alle Sitze im örtlichen Personalrat gewonnen. Als einzige Kreisgruppe in NRW.

Auch Gabi Schmidt, 39, arbeitet neben ihrer Funktion als GdP-Vorsitzende in der Kreisgruppe Bergisches Land weiter im Verkehrsdienst und hat eine Familie mit zwei Kindern. „Beruf, Familie und Gewerkschaftsarbeit unter einen Hut zu bringen, ist nicht immer ganz einfach“, sagt sie, „aber es macht Spaß, politisch mitzugestalten.“ Sie

Glücksnummern des Monats

45 283
Stefan Reining, Borken
45 220
Ralf Waßenberg, Mönchengladbach
45 51936
Ute Groß, Hagen
45 282
Bianca Müller, Unna

Die Gewinner erhalten einen GdP-Shopper „Combination“.

hat die Erfahrung gemacht, dass sich durch mehr Frauen im Vorstand der Kommunikationsstil in der Kreisgruppe positiv verändert. „Bei uns gibt es einen kooperativen Umgang miteinander. Die Arbeit ist nicht so stark von Machtfragen geprägt, wie in Vorständen ohne Frauen.“ Susanne Klose, 52, hat mit einer kurzen Unterbrechung die längste Erfahrung als Kreisgruppenvorsitzende, erst in Herford, seit Ende vergangenen Jahres in Bielefeld. Auch sie kennt die Doppelbelastung aus Gewerkschaftsarbeit und Vollzeitarbeit bei der Polizei. „Im Einsatz arbeiten Frauen und Männer jeden Tag eng zusammen. Sie müssen sich blind aufeinander verlassen können – trotz der unterschiedlichen Fähigkeiten und Erfahrungen, die jeder mitbringt. Das ist bei der Gewerkschaftsarbeit nicht anders. Auch da kommt es auf alle an. Egal ob alt oder jung. Frau oder Mann.“

NACHRUFE

Maria Thom	13.09.1928	Aachen	Walter Bohne	01.03.1935	Gütersloh
Siegfried Venohr	17.11.1951	Aachen	Rolf Friedhoff	19.06.1939	Hagen
Gertrud Burk	29.12.1926	Bergisches Land	Heinz Nasse	24.07.1944	Hamm
Rudolf Gottwald	10.08.1923	Bergisches Land	Manfred Polenz	23.03.1940	Hamm
Ingeburg Müller	08.03.1925	Bonn	Karlheinz Tanger	27.08.1954	Köln
Anita Seyler	05.06.1932	Bonn	Otto Kraus	28.08.1931	Mettmann
Erika Klose	10.02.1938	Dortmund	Bernd Wylezol	20.09.1958	Mettmann
Horst-Peter Möller	24.08.1953	Dortmund	Uwe Herhaus	22.06.1959	Oberbergischer Kreis
Günter Podgurski	10.09.1942	Dortmund	Waltraud Meiber	03.06.1920	Oberhausen
Richard Gartmann	26.11.1921	Düsseldorf	Margret Höschen	23.01.1945	Paderborn
Hans Lauderbach	02.12.1954	Duisburg	Gerda Behlau	22.09.1924	Recklinghausen
Peter Woelk	22.04.1930	Duisburg	Kurt Riedel	15.01.1916	Recklinghausen
Klaus Kinas	02.01.1932	Essen/Mülheim	Werner Mohr	09.04.1933	Selm
Friedrich Meß	04.12.1921	Essen/Mülheim	Franz Luschka	18.03.1922	Siegen
Dieter Schweigart	06.03.1948	Gerresheim	Elsbeth Pohl	26.05.1919	Wesel

